

Dagsordenspunkt 6: SSWs krav i anledning af den økonomiske krise.

Resolution zum Tagesordnungspunkt 6 -

SSW fordert eine ausgewogene Verteilung der Mittel des zweiten Konjunkturprogramms

Landesverband

Schiffbrücke 42
24939 Flensburg

Tel. (0461) 144 08 310

Fax (0461) 144 08 313

info@ssw.de

1. Der SSW fordert die Landesregierung und die schleswig-holsteinischen Kommunen dazu auf, im Rahmen des zweiten **Konjunkturprogramms** die öffentlichen Investitionen in Krankenhäuser, Schulen, Verwaltungsgebäude und in die kommunale Infrastruktur so schnell wie möglich vorzuziehen, um Arbeitsplätze vor allem im regionalen Mittelstand und bei den Handwerksbetrieben zu sichern. Der SSW fordert eine regionale Ausgewogenheit dieser Investitionen. Der SSW erwartet, dass das Land klammen Kommunen unter die Arme greift, wenn sie nicht die entsprechende Kofinanzierung aufbringen können – im Extremfall bis hin zum vollständigen Verzicht auf kommunale Eigenmittel.
2. Die von der Landesregierung beschlossene Prioritätensetzung für das Konjunkturpaket ignoriert weitgehend die große Bedeutung **freier Träger** für unser Land. Lediglich für Schulen aus freier Trägerschaft ist eine feste Förderung vorgesehen. Auch Investitionen in Sportstätten, Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen in freier Trägerschaft müssen eine faire Chance bekommen, denn ihre Investitionen helfen der Konjunktur ebenso, wie alle anderen. Der SSW fordert daher von der Landesregierung eine Regelung, die gewährleistet, dass Einrichtungen in Trägerschaft des dänischen Schulvereins, der ADS oder der AWO, der Kirchen u. a. von den Kommunen ebenso berücksichtigt werden, wie öffentliche Institutionen.
3. Der SSW fordert die Landesregierung dazu auf, sich in Zusammenhang mit dem Konjunkturprogramm dafür einzusetzen, dass endlich eine Nachfolgelösung für das **Tariftreuegesetz** gefunden wird. Wer unsere Schulen und Straßen renoviert, soll dafür einen ordentlichen Lohn erhalten. Der SSW hat einen Weg aufgezeigt, wie dies mit Allgemeinverbindlichkeitserklärungen EU-konform geregelt werden kann.
4. Die von der Föderalismuskommission II beschlossene **Schuldenbremse**, die einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorschreibt, nimmt keine Rücksicht auf das bestehende strukturelle Defizit und die Altschulden des Landes Schleswig-Holstein. Die Folge einer solchen Schuldenregelung wäre, dass jährlich rund 500 Millionen Euro im laufenden Haushalt eingespart werden müssten. Dadurch wäre die Landespolitik zu unververtretbaren Einschnitten in Kernbereichen wie der Bildung oder bei der Polizei gezwungen und würde letztlich ihrer politischen Handlungsfähigkeit komplett beraubt. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, im Bundesrat die Interessen des Landes zu vertreten und gegen die Schuldenbremse zu stimmen.

5. Der SSW fordert die Landesregierung und die schleswig-holsteinischen Kommunen dazu auf, die wirtschaftliche Krise nicht durch **Einsparungen in den öffentlichen Haushalten** – vor allem im sozialen oder kulturellen Bereich (freiwillige Leistungen) - zu verschlimmern. Soziale Härten im Zuge der Krise müssen mit allen Mitteln verhindert werden.
6. Der SSW lehnt die teilweise oder vollständige Privatisierung der **öffentlich-rechtlichen Sparkassen** in Schleswig-Holstein ab, da diese eine entscheidende Rolle bei der Kreditvergabe an den Mittelstand spielen und damit zur Sicherung regionaler Arbeitsplätze beitragen. Wir erwarten, dass die Landesregierung alles unternimmt damit der Anteil der Sparkassen an der HSH Nordbank nicht ihre Kreditfähigkeit beeinträchtigt.
7. Die **HSH Nordbank** hat ihre gesellschaftliche Verantwortung als öffentliche Bank nicht ausreichend erkannt und wahrgenommen. Der SSW setzt sich für eine Lösung der aktuellen Krise der HSH Nordbank unter Berücksichtigung der gesellschaftspolitischen Verantwortung ein. Langfristig spricht sich der SSW dagegen aus, dass das Land Schleswig-Holstein weiterhin Anteile an einer Bank hält, die primär auf dem globalen Markt tätig ist. Für das Land und für die Kommunen ist es wichtiger, sich für die öffentlich-rechtlich handelnden Sparkassen und damit für unsere regionale Wirtschaft einzusetzen.

SSW-Landesvorstand, d. 10.02.2009